

Unsere Demokratie. Idiotie. Agonie.

Die Hysterie um den AfD-Parteitag in Gießen zeigt auf, wie sektenartig „unsere Demokratie“ agiert – Endzeitstimmung inklusive. Doch das Grundübel der Gesellschaft reicht viel länger zurück und geht tiefer.



11. Dezember 2025 | Thorsten Hinz

Am 9. November hatte der Bundespräsident gerufen: „Tun wir, was getan werden muss!“ Drei Wochen später kamen alle, die das Herz auf dem rechten, also auf dem linken Fleck tragen, nach Gießen, um – mit den Worten des Mainzer Bischofs Peter Kohlgraf – „Unserer Demokratie“ ein freundliches, respektvolles und gewaltfreies Fest zu bereiten und dem Gründungskongress der AfD-Jugend den fröhlichen, bunten, phantasievollen Garaus zu machen.

Unter der Losung „Widersetzen“ vereinten sich die Gewerkschaften, die Kirchen, die Universitäten, Flüchtlingshelfer, Sozialverbände, die Jüdische Gemeinde, Moslem-Vertreter, die „Omas gegen rechts“, die Lebenshilfe, die SPD, die Grünen, Linken, die FDP, die örtliche Wählergemeinschaft Gigg (Gießen gemeinsam gestalten) zur großen antifaschistischen Abwehrschlacht.

Als Vertreter der queeren Gemeinde trat die Kunstfigur „Flirty Flamingo“ auf – ganz in Rosa gewandet, wie die Lokalzeitung berichtete – und erlebte laut Selbstauskunft einen „tolle(n) Demotag gegen die Neugründung der AfD-Jugend mit zwei wunderbaren Reden, die ich halten durfte“. Das „Zentrum für Politische Schönheit“, die „Sturmtruppe zur Errichtung moralischer Schönheit, politischer Poesie und menschlicher Großgesinntheit“, war gleichfalls vor Ort. Und selbstverständlich die Antifa.

Die großen Medien ergriffen ebenfalls Partei. Der ÖRR und die Linkspresse sowieso, aber auch die Mädels und Jungs von der FAZ waren ganz aphrodisiert von der Ankündigung, „die Stadt Gießen

zum Brennen zu bringen“. Breiter konnte sich die zivilgesellschaftliche Widersetzlichkeit nun wirklich nicht aufstellen.

„Unsere Demokratie“ lebt von Sprachverboten und Skandalisierung

Es war, wie gesagt, „Unsere“, nicht „die Demokratie“, die in Gießen aktiv wurde. Denn „die“ Demokratie entfaltet sich ganz unspektakulär, indem stimmberechtigte Bürger eines Gemeinwesens die anstehenden Probleme öffentlich diskutieren, Interessenkonflikte austragen, um Machtpositionen ringen, indem der eine den anderen zu Wort kommen lässt und alle gleichberechtigt und angstfrei ihre Argumente und widerstreitenden Meinungen vorbringen. „Frei sein kann nur, wer sich in den öffentlichen Raum begibt und dort sprechend und handelnd mit anderen Menschen agiert“, schreibt Hannah Arendt.

In der modernen Demokratie übernimmt das Parlament im politischen Diskurs die höchstinstanzliche Stellvertretung und bildet das zentrale Entscheidungsforum. Elias Canetti, der große Erforscher der Massenseele, hat die parlamentarische Abstimmung als den „Rest des blutigen Zusammenstoßes“ bezeichnet, der im Krieg herrscht. In der Debatte können die Emotionen hochkochen, es kommt zu verbalen Ausfällen, Beschimpfungen, sogar zu drohenden Gesten. „Aber die Zählung der Stimmen ist das Ende der Schlacht.“ Der überstimmte Gegner muss sich deswegen nicht ins Unrecht gesetzt oder widerlegt fühlen, doch er akzeptiert das Ergebnis, weil er „sich einfach geschlagen“ gibt.

Eine demokratisch einwandfreie Wahl des Parlaments setzt freie und in der Summe faire und ausgewogene Medien voraus als Quelle umfassender Information und Forum des freien Meinungsstreits. In „Unserer Demokratie“ ist das bekanntlich anders. Die traditionellen Medien verstehen sich als Torhüter. Sie exekutieren Sprachverbote, unterdrücken relevante Themen, skandalisieren die Opposition und schneiden ihr die Artikulationsmöglichkeiten ab. Was sich daraus erklärt, dass sie mit den etablierten Parteien eine symbiotische Interessengemeinschaft, einen politisch-medialen Komplex bilden.

Trotzdem ist die AfD zur stärksten Oppositionspartei aufgestiegen und liegt in Umfragen mittlerweile vorn. Kurzerhand werden die AfD-Stimmen in den Parlamenten für irrelevant erklärt. Die etablierten Parteien, statt sich um Problemlösungen zu kümmern, verwenden einen Großteil ihrer Zeit und Energie auf die Befestigung der Brandmauer und den eigenen Machterhalt. In dieser Aufstellung kann die zur linken Gesinnungssekte geschrumpfte SPD die politische Richtlinienkompetenz beanspruchen, worüber das Land immer mehr verludert.

Globalisierungsutopie ist der Gründungsmythos „Unserer Demokratie“

Diese Pervertierung der Politik speist sich aus wenigstens drei ideologischen Quellen: erstens aus dem dogmatischen Antifaschismus, der vollständig an die Stelle des Antitotalitarismus getreten ist. Zweitens, eng damit verbunden, aus der Hypermoral, der Ausweitung der privaten Familienmoral auf die sogenannte Menschheitsfamilie. Drittens aus dem vordergründig technokratischen, in Wahrheit weltanschaulich kontaminierten Politikbegriff, den der Soziologe Ulrich Beck (1944–2015) formuliert hat.

Beck sah die Gesellschaft in eine zweite, reflexive Moderne eingetreten. In der ersten, der industriellen Moderne sei die Logik der „Reichtumsproduktion“ vorherrschend gewesen; es sei um mate-

rielle Verteilungskonflikte gegangen. In der zweiten Moderne stehe die „Risikoproduktion“ im Blickpunkt; es gehe um die Begrenzung und Heilung der Schäden, welche die industrielle Moderne verursacht hat. „Im Zentrum stehen Modernisierungsrisiken (...), die sich in irreversiblen Gefährdungen des Lebens von Pflanze, Tier und Mensch niederschlagen.“ Diese Risiken seien nicht mehr lokal- und gruppenspezifisch begrenzt, vielmehr handele es sich um „Globalgefährdungen mit neuartiger sozialer und politischer Dynamik“.

Es entstünde eine über nationale und Klassengrenzen hinausgehende „Globalisierungstendenz“, welche die Individualisierungstendenz der ersten Moderne fortsetze und kollektive Identitäten, alte Ordnungsprinzipien und politische Frontlinien und die Gegnerschaft zwischen links und rechts obsolet mache. Sie würden ersetzt durch konkretes, sachbezogenes, kooperatives Handeln, an dem NGOs, Bürgerinitiativen, aber auch transnationale Konzerne, die für ethische und ökologische Fragen eintreten, teilhaben. Auf diese Weise würde eine neuartige „Subpolitik“ die herkömmlichen politischen Institutionen ergänzen und teilweise ersetzen.

Tatsächlich erfordern Umweltschäden, Migrationsbewegungen usw. eine transnationale Zusammenarbeit. Das heißt aber nicht, dass traditionelle Ordnungs- und Handlungsmuster (zum Beispiel die Dreiecke aus Staatsmacht, Staatsterritorium, Staatsvolk) deswegen verschwinden oder irrelevant werden. Wer sie ignoriert, produziert neue Risiken.

Anhänger „unserer Demokratie“ fühlen sich auf der Höhe der Zeit

Längst bilden die NGOs einen intransparenten Schattenstaat, der paradoxerweise zum großen Teil aus Staatsbudgets finanziert wird. Zusammen mit Großkonzernen, Banken und internationalen Institutionen hat sich ein unkontrollierbares Machtkonglomerat etabliert, das sich über die Bedürfnisse der Menschen vor Ort hinwegsetzt. Die materiellen Verteilungskonflikte sind keineswegs verschwunden, sondern nehmen mit dem Aufstieg des globalen Südens und der Völkerwanderung sogar zu, und die kollektiven Identitäten erneuern und verstärken sich in der Identitätspolitik.

Becks Entwurf entspringt der Erfahrungswelt der alten, befriedeten Bundesrepublik, deren politische Möglichkeiten sich auf Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränkten, die innere und äußere Konflikte mit finanziellen Zuwendungen sedierte und die im übrigen den Vorgaben ihrer Vormacht folgte.

Außerdem hat das Modell einen bösen Pferdefuß. Denn anders als Beck behauptet, verschwindet darin die Links-Rechts-Konkurrenz keineswegs, sie wird neu etikettiert und aus der Gegnerschaft in Feindschaft überführt. Die Linken sind jetzt die Modernisten, die angeblich genau wissen, wo es langgeht. Die Rechten sind die Traditionalisten und Fundamentalisten, die sich der Moderne verweigern, in überholten Denkmustern verharren, die Wirklichkeit nicht wahrhaben wollen und daher keine Teilhabe am Diskurs beanspruchen dürfen.

Zusammen mit dem Antifaschismus und der Hypermoral hat sich daraus ein wasserdichtes Denk- und Wertsystem ergeben, das seit der Wiedervereinigung zur Staatsdoktrin geworden ist. Seine Anhänger sind überzeugt, aus der Geschichte die richtigen Schlüsse gezogen zu haben. Sie wähnen sich moralisch überlegen, modern, fortschrittlich und auf der Höhe der Zeit. Die angeblichen Antimodernisten sind in ihren Augen reaktionär, kontaminiert von der NS-Vergangenheit, amoralisch, wahrheitsresistent und AfD-Anhänger. Was sie äußern, kann nur Hass und Hetze sein. Auf jeden

Fall sind sie Feinde „Unserer Demokratie“ und ein Fall für den Verfassungsschutz, den Staatsanwalt und, wenn nichts anderes hilft, für die Antifa-Gewalt.

In „unserer Demokratie“ ist der „Kampf gegen Rechts“ Triebabfuhr

Dieses Geschäftsmodell ist im Begriff, das Land zu zerstören. Selbst seine führenden Protagonisten können es nicht mehr kohärent begründen. Als eine Ministerin jüngst auf offener Bühne ausgelacht wurde, reagierte sie zuerst hilflos und dann mit wilden Beschimpfungen – die sie wieder zurücknehmen musste. Zur Selbstrechtfertigung bleibt da nur noch die Beschwörung des faschistischen Dämons, der sich dräuend am Horizont erhebt. Gegen ihn werden die lärmenden Fußtruppen in Marsch gesetzt.

Der komödiantisch begabte Rechtsanwalt und AfD-Politiker Roger Beckamp hat genügend Traute, Geduld und Humor, um bei verschiedenen Gelegenheiten auf die „Nazis-raus“-Rufer mit Mikrofon und Kamera zuzugehen und sie zu bitten, ihre Vorwürfe an die AfD und die eigenen Demokratie-Vorstellungen zu präzisieren. Die engagierten Demokraten schauten ihn verblüfft und ratlos an und skandierten nach einer kurzen Verlegenheitspause zombiehaft weiter: „Nazis raus!“ Der politische Homo bundesrepublicanensis in seiner ganzen Pracht.

Dabei sind viele Schreihälse in ihrem Alltag gleichfalls vom Niedergang des Landes betroffen. Ihr aggressiver Antifaschismus ist offenbar ein Abwehrmechanismus gegen eigene Sorgen und Zweifel, die der Staatsdoktrin widersprechen und in der AfD politische Gestalt angenommen haben. Die Rechte, die AfD ist der Sündenbock, auf den die Ängste und kognitiven Dissonanzen abgeladen werden; der Kampf gegen rechts ist eine Triebabfuhr. Psychologisch ist das verständlich, doch auf der intellektuellen und politischen Ebene ist der Tatbestand des Schwachsinn, der kollektiven Idiotie erfüllt.

„Unsere Demokratie“ ist zur Ersatzreligion geworden

Aufschlussreich ist ein Leserkommentar, der im Vorfeld von Gießen in der ZEIT zu lesen war: „Wann hat eigentlich der letzte Vollidiot begriffen, dass ‚die Antifa‘ keine Organisation ist, sondern jeder ‚Antifa‘ ist, der sich gegen Faschismus und Rassismus ausspricht.“ Unbewusst hat der Leser eine Analogie zur Kirche gezogen, die sich als Gemeinschaft der Christen weltweit versteht.

Tatsächlich stellen die Bekunder „Unserer Demokratie“ sich als eine sektenartige Glaubensgemeinschaft dar. Ihre Kundgebungen gleichen Andachten, bei denen eine schlichte Liturgie hergebetet und plakativ bekundet wird. Von Zeit zu Zeit steigern sie sich zu großen choreographierten Pontifikalämtern. Anfang Februar zogen in Berlin mindestens 160.000 Demonstranten vom Spätnachmittag bis zum frühen Abend vom Reichstag zur CDU-Parteizentrale. Unter dem Leitspruch „Aufstand der Anständigen – Demo für die Brandmauer“ protestierten sie gegen die gemeinsame Abstimmung von CDU und AfD für eine schärfere Asylpolitik im Bundestag. Mit ihren Handys bildeten die Teilnehmer ein Lichtermeer.

Dieses quasi-religiöse Ritual erfreut sich großer Beliebtheit: Das Licht erleuchtet die Finsternis, Christus ist das Licht der Welt. Es vermittelt ein Gefühl von Transzendenz und den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darüber hinaus darf jeder Einzelne sich selbst als Lichtspender fühlen, der den Unbelehrbaren, den Bösen und moralisch Minderwertigen heimleuchtet. Zur Erinnerung: Es ging Anfang 2025 im Bundestag darum, die Folgeschäden der Masseneinwanderung, von denen auch die

meisten Teilnehmer der Veranstaltung betroffen sind – durch mehr Steuern und Abgaben, die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Wohnungsknappheit, Anstieg der Kriminalität usw. –, minimal zu begrenzen. Sie haben gegen sich selber, gegen die eigenen Interessen demonstriert.

Wer heute in antifaschistischen Klassikern der 1930er Jahre blättert, kommt zu verblüffenden Rückschlüssen. Der Faschismus versuche, die Menschen zu organisieren, ohne die (Eigentums-) Verhältnisse, die Ursache ihres Leidens sind, anzutasten, heißt es im Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ von Walter Benjamin. „Er sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen.“ Und weiter: „Die Proletarisierung der heutigen Menschen und die zunehmende Formierung von Massen sind zwei Seiten eines und desselben Geschehens.“

„Unsere Demokratie“ lebt von Endzeitmythen

Der Filmtheoretiker Siegfried Kracauer schreibt in seiner Riefenstahl-Analyse vom „Ornament der Masse“. Der Einzelne wird als Partikel in kunstvolle geometrische Arrangements eingefügt, die dem Auge wohlgefällig sind, und findet seine Bestimmung und transzendente Erhöhung durch die Einschmelzung in ein großes Ganzes. Die „Ästhetisierung der Politik“ (W. Benjamin) laufe auf einen Punkt hinaus: „Dieser eine Punkt ist der Krieg.“

Er ermögliche es, Massenbewegungen unter Wahrung der überkommenen Verhältnisse ein Ziel zu geben. Die „Vergewaltigung der Massen“ und ihre „Selbstentfremdung“ hätten einen Grad erreicht, der die Menschen „ihre eigene Vernichtung als ästhetischen Genuss ersten Ranges erleben lässt“. Man muss hinzufügen, dass die Proletarisierung sich nicht auf die soziale Degradierung im materiellen Sinne beschränkt; sie kann auch als Verarmung im Geiste und induzierte Massenverblödung entäußern, die sich in Festen der Idiotie feiert und genießt.

Das „Zentrum für Politische Schönheit“, das vom wahnsinnigen Philipp Ruch geleitet wird, organisiert zwar keine Masseninszenierungen, doch es setzt in Wort, Bild, Tönen und Artefakten Zeichen, die große mediale Verbreitung finden und für eine emotionale Grundierung sorgen. Ruch sieht Deutschland wegen der AfD kurz vor oder bereits nach 1933. In seinem Manifest „Wenn nicht wir, wer dann“ hantiert er mit großen Namen – Kopernikus, Descartes, Hobbes, Nietzsche, Machiavelli –, doch sie sind nur Staffage. Entscheidend sind Sätze wie diese: „Wenn wir von einem Gegner glauben, dass er kein Recht kennt, fühlen wir uns ermutigt, Ungesetzlichkeit zu begehen, um Unrecht abzuwenden. Wir unterstellen Unvernünftigkeit, die wir dann präventiv unterbinden.“ So triumphiert der Modernist über den rechten Antimodernisten.

Künstlerkollege Herbert Grönemeyer radaute bei einem Konzert am [12. September 2019](#) in Wien: „Wenn Politiker schwächeln, dann liegt es an uns zu **diktieren**, wie eine Gesellschaft auszusehen hat.“ Das Publikum brach in ekstatischen Jubel aus. Sportpalast-Stimmung. Diesen Zustand muss Ruch als „Chefunterhändler der politischen Schönheit“ wohl meinen, wenn er schreibt: „Die Schönheit ist es, die Menschen verzaubert und die Armseligkeit einer vermeintlich faktischen Welt aufbricht.“ Und zwar im Bündnis mit der Staatsmacht und im Zeichen einer dogmatischen Ideologie.

„Unsere Demokratie“ ist Zeichen der Agonie einer Gesellschaft

Gegen diese Analogien sind zwei spontane Einwände zu erwarten: Erstens der Einwand, dass die Veranstaltungen und Aktionen von keiner zentralen staatlichen Institution organisiert werden und

die Teilnehmer keine abgezielten, scharfkantigen Muster bilden. Vielmehr versammeln sie sich in anarchischer Vielfalt. Das Amorphe und Fluide der Kundgebungen drücke die Offenheit, Spontaneität und Pluralität „Unserer Demokratie“ aus.

Zweitens würde die Individualität der Teilnehmer nicht ausgelöscht, sondern sie würden sie ganz im Gegenteil ausdrücklich betonen und vorführen.

Doch solche Argumente sind nicht überzeugend. In aller Regel sind die Manifestationen regierungs-, macht- und parteienaffin. Was an äußerem Arrangement fehlt, wird vollständig durch den Herdeninstinkt und die politische Konformität der Demonstranten ersetzt. Die Regelüberschreitungen und sogar klare Gesetzesbrüche werden staatlicherseits augenzwinkernd geduldet. Die Individualitäten, die sich in den Vordergrund schieben, sind lediglich Exponate der staatlichen Bunteits-Propaganda. Zwischen biederer Strickmützen sieht man regenbogenfarbene Perücken, Clownsmasken, Karnevalskostüme.

Entsprechend infantil klingen die liturgischen Losungen: „Bunt statt braun“, „Menschenrechte statt rechte Menschen“, „Nie wieder ist jetzt“, „Solidarität statt Hetze“ oder „(Hamburg) steht auf“. Ein Bonmot, das Alfred Döblin nach dem Ersten Weltkrieg formulierte, lautet sinngemäß: Früher sah man die Herde, heute sieht man die Schafe.

Ein Gemeinwesen, das es sich auf Lämmerniveau bequem gemacht hat und über keine Eliten verfügt, die intellektuell und politisch darüber hinausragen, wird sich nicht lange behaupten können. Es befindet sich im Zustand der Agonie.